



Freitag, 22.04.2005

DRUCKEN

Kies: Im Sommer Rechtssicherheit

ABGRABUNG / Eine Kreis Klever Delegation war bei der Landesplanung in Düsseldorf und brachte frohe Kunde zurück.

KREIS KLEVE. Seit Juli 2003 kann die Kreisverwaltung dem Hunger der Kies-Industrie kaum noch etwas entgegensetzen - damals fällte das Münsteraner Oberverwaltungsgericht das legendäre Kies-Urteil, durch das der Gebietsentwicklungsplan (GEP) 99 seine Steuerungsfunktion verlor. Bis dato hatten die Kies-Barone nur in den dafür im GEP vorgesehenen Flächen buddeln dürfen. Mit einer Änderung des GEP soll die Steuerungsfunktion des Plans wieder hergestellt werden - allein, diese lässt auf sich warten. Deshalb war kürzlich eine Delegation des Kreises in Düsseldorf, um dort bei dem zuständigen Ministerialdirigenten Dieter Krell auf eine rasche Genehmigung der Änderung zu drängen.

An dem von Sigrid Eickert (SPD) angeregten Gespräch nahmen Landrat Wolfgang Spreen, der zuständige Fachbereichsleiter in der Kreisverwaltung Dr. Hermann Reynders, Paul Düllings (CDU), Ute Sickelmann (Grüne) und Roland Katzy (SPD) teil. Das Fazit: "Man will beschleunigt eine Rechtssicherheit schaffen", so Katzy, "das Ministerium will die Änderung bis zum Sommer genehmigen". Sollte die Genehmigung tatsächlich wie versprochen kommen, hätte sich das Ministerium ein gutes Jahr Zeit gelassen: Den entsprechenden Aufstellungsbeschluss verabschiedete der Regionalrat bereits am 8. Juli vergangenen Jahres.

Auch mit der Änderung des GEP muss sich der Kreis darauf einstellen, dass weit mehr Flächen ausgeküst werden, als bisher vorgesehen: Dem Ministerium gehe es schließlich um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessenlagen des Kreises und der Kiesindustrie, so Katzy. Trotzdem: "Wir sind zufrieden rausgegangen." Denn schließlich brauche es rechtliche Sicherheit: "Es ist nicht zu verantworten, dass in Prozessen ungeheure Summen ausgegeben werden", so der Sozialdemokrat mit Blick auf die bisher rund 300 000 Euro, die den Kreis Klever Steuerzahlern für verlorene Prozesse der Verwaltung in Rechnung gestellt wurden.

22.04.2005 JAN JESSEN